



## **Resolution in Bezug auf die Einschränkungen im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts der deutschen Minderheit in Polen**

Als auf dem Sankt Annaberg versammelten Delegierten der Mitgliedsorganisationen des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen und der ihr angeschlossenen Organisationen und als Vertreter einer zahlreichen Gruppe polnischer Bürger, die sich zu ihrer deutschen nationalen und kulturellen Identität bekennen, richten wir an unsere Mitglieder und an die Regierungen Polens und Deutschlands folgende Botschaft.

Am 4. Februar 2022 wurde durch die Verordnung des polnischen Ministers für Bildung und Wissenschaft die Kürzung des Stundenumfanges des Unterrichts von Deutsch als Minderheitensprache von drei auf eine Stunde pro Woche beschlossen. Dabei ist der Umfang des Unterrichts von allen anderen in Polen unterrichteten Minderheitensprachen unverändert geblieben. Diese Verordnung, die eine direkte Diskriminierung der deutschen Minderheit einführt, indem sie den Zugang zum Minderheitenschulwesen nur auf die Kinder und Jugendlichen einer einzigen Gemeinschaft beschränkt, hat alles verändert, was in den letzten Jahrzehnten im Hinblick auf die Minderheitenpolitik des polnischen Staates aufgebaut wurde. Diese Entscheidung enttäuscht umso mehr, da sie im Jahr des 30-jährigen Jubiläums der Verabschiedung durch den Europarat der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, also eines völkerrechtlichen Abkommens, das für den Erhalt der Minderheitensprachen in Europa hilfreich ist, getroffen wurde. Hier soll betont werden, dass seit der Ratifizierung der Charta viele Verpflichtungen immer noch nicht umgesetzt worden sind und unter den Empfehlungen immer wieder ein Aufruf zur Ermöglichung eines Unterrichts in der deutschen Sprache auf den Gebieten, wo die deutsche Minderheit lebt, erhoben wird. Stattdessen hat das Ministerium im Jahr 2018 die Anzahl der Deutschstunden in den letzten Klassen der Grundschule reduziert und ab diesem Jahr betrifft das schon alle Altersstufen. Dies bringt uns zu einer Situation, in der die deutsche Sprache in Polen marginalisiert wird. Seit Monaten setzen sich die Vertreter der deutschen Minderheit unermüdlich dafür ein, dass diese Verordnung zurückgenommen wird.

Die Sprache bestimmt sehr entscheidend das Selbstverständnis eines jeden Menschen; sie ist auch eine der wichtigsten Grundlagen jeder kulturellen Identität. In der Situation der Diskriminierung der deutschen Minderheit weisen wir also ausdrücklich auf die grundlegenden nationalen und internationalen Normen und bestehenden Rechte hin, die in Polen heutzutage teilweise missachtet werden. In Bezug auf die Mindestnormen für Minderheiten in der Europäischen Union betonen wir:

*„Bildung ist ein entscheidendes Element bei der Sozialisation und Herausbildung der Identität und die Kontinuität der muttersprachlichen Bildung ist für die Erhaltung der kulturellen und sprachlichen Identität von entscheidender Bedeutung.“<sup>1</sup>*

Nur durch die Erfahrung von Anerkennung in allen Sphären des Lebens kann ein Kind eine stabile Identität entwickeln. Das Bewusstsein für die eigene Identität wächst u. a. in dem Maße, wie diese Identität von anderen anerkannt wird. Wir vertreten die Auffassung, dass die Achtung der sprachlichen Vielfalt und die Förderung des Sprachenlernens in Polen gewährleistet werden soll. Die Bedeutung jeder Minderheitensprache muss anerkannt werden. Die deutsche Sprache muss in Polen als bedrohter Aspekt des europäischen Kulturerbes geschützt und gefördert werden, vor allem in der jetzigen Situation, in der die eingeführte Verordnung des Bildungsministeriums eine Stigmatisierung der Kinder der deutschen Minderheit zur Folge hat, die anders behandelt werden als Kinder anderer in Polen lebenden Minderheiten.

---

<sup>1</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. November 2018 zu Mindestnormen für Minderheiten in der EU

*„Der Unterricht von Minderheitensprachen trägt zum gegenseitigen Verständnis zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung bei und bringt die Gemeinschaften näher zusammen.“<sup>2</sup>*

Wir vertreten die Auffassung, dass die deutsche Sprache ein wertvolles Gut sowie ein kultureller und wirtschaftlicher Mehrwert für die Regionalentwicklung und die Entwicklung des ganzen Landes ist. Die Identität der Personen, die der deutschen Minderheit angehören als auch die nationale Identität der Mehrheitsbevölkerung sind wichtig und schließen einander nicht aus.

*„Den Personen, die Minderheiten angehören, ist die vollständige und tatsächliche Gleichstellung garantiert. Die Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, sind fester Bestandteil der universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte.“<sup>3</sup>*

Die Sprache ist ein zu schützendes Menschenrecht. Die Deutschen in Polen sind loyale Bürger ihres Staates und haben als nationale Minderheit Anspruch darauf, ihre Muttersprache im staatlichen Schulsystem gefördert zu bekommen, um diese als wesentlichen Teil ihrer kulturellen Identität behalten zu können. In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Rechte der Minderheiten unter Achtung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt aktiv wahrgenommen werden.

Wir sehen in der Entscheidung des polnischen Sejms vom Dezember 2021 und des polnischen Ministers für Bildung und Wissenschaft vom Februar 2022 einen Verstoß gegen das menschenrechtliche Diskriminierungsverbot in der Verfassung der Republik Polens, einen Verstoß gegen die Vorgaben der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen sowie einen Verstoß gegen die Entschlüsse des Europäischen Parlaments, in denen die fundamentalen Normen in Bezug auf die Minderheiten festgehalten werden.

Wir weisen auf die Rhetorik hin, die die letzten Entscheidungen der polnischen Regierung begleitet. Sie verstärkt die negative öffentliche Stimmung gegenüber nationalen und ethnischen Minderheiten und insbesondere gegenüber der deutschen Minderheit. Die „Brückenfunktion“ der deutschen Minderheit innerhalb und auch zwischen den Staaten kann nur unter bestimmten Bedingungen erfüllt werden. Deshalb, angesichts der ungünstigen Atmosphäre und der Tatsache, dass die Diskriminierung polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität rechtlich sanktioniert wird, fordern wir die Regierung der Republik Polen dazu auf, sich auf einen entscheidenden Wert des demokratischen Staates zu besinnen, der besagt, dass die Grundregel eines modernen Staates nicht der Konflikt, sondern die Kraft des Dialogs und der Zusammenarbeit ist. Wir appellieren, die diskriminierenden Handlungen schnellstmöglich zu unterlassen und die Verordnung unverzüglich aufzuheben. Wir erwarten, dass die Standards des Minderheitenschutzes in Polen eingehalten werden. Die Aufgabe des Spracherhalts darf nicht allein den Minderheiten überlassen werden, deshalb erwarten wir von der polnischen Regierung, im Sinne der Europäischen Sprachencharta, die Polen ratifiziert hat, einer aktiven Mitgestaltung des deutschsprachigen Schulwesens in Polen.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen fordert die Bundesregierung auf, ihrer besonderen Verantwortung für alle Landsleute gerecht zu werden und konkrete politische Maßnahmen zu unternehmen, damit die deutsche Minderheit vor dem Hintergrund der angespannten zwischenstaatlichen Beziehungen nicht der Gefahr ausgesetzt ist, instrumentalisiert zu werden. Wir hoffen, dass die Aufhebung der diskriminierenden Verordnung weiterhin im Mittelpunkt der Minderheitenpolitik der deutschen Regierung steht.

Wo ein Wille – da ein Weg. Wir würden den Willen seitens der polnischen Regierung begrüßen, in der deutschen Minderheit eine Bereicherung für die Mehrheitsgesellschaft zu sehen und seitens der deutschen Regierung den Willen, die Landsleute in Polen aktiv im Bereich der Sprachenbewahrung zu unterstützen, damit der Weg zur sicheren Zukunft der deutschen Sprache möglich wird.

Sankt Annaberg, 28. Mai 2022

---

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.